Integration, Freitag, 20. November 2015

8. Integrationsgipfel: Vertreter der Bundesregierung diskutieren mit Experten über Herausforderungen für Gesundheit und Pflege in der Einwanderungsgesellschaft

Auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel diskutierten am 17.11.2015 über 100 Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertreter von Fachverbänden, Migrantenorganisationen und Bund, Ländern und Kommunen auf dem 8. Integrationsgipfel über die Herausforderungen an unser Gesundheits- und Pflegewesen.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen drei zentrale Themenfelder: Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen, Seniorenpolitik und Altenpflege und Zugänge zur Gesundheitsprävention. Der Deut-sche Städte- und Gemeindebund war durch seinen 1. Vizepräsi-denten, Herrn Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, Stadt Nor-derstedt am 8. Integrationsgipfel vertreten.

Ärzte, Krankenhäuser und Pflegeanbieter müssen sich stärker auf Migranten einstellen, so die Kernbotschaft des 8. Integrationsgipfels, bei dem die Themen Gesundheit und Pflege im Mittelpunkt standen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sagte zum Abschluss des Treffens, dass in den vergangenen Jahren bereits vieles angestoßen wurde, es bleibe aber auch noch viel zu tun.

Auf dem Integrationsgipfel ging es um eine weitere Öffnung des Ge-sundheitswesens für Einwanderer, ihre Einbeziehung in Präventions-angebote und eine Pflege, die auf die Bedürfnisse alter Menschen aus anderen Kulturen eingeht. In Deutschland leben derzeit mehr als 1,5 Millionen Rentner mit Migrationshintergrund, bis 2032 soll ihre Zahl auf rund 3,5 Millionen steigen.

Einig waren sich die Teilnehmer darin, dafür zu werben, dass mehr Migranten eine Ausbildung in Gesundheitsberufen anstreben. Die Migrantenverbände machten in einer gemeinsamen Erklärung deutlich, dass bei Arbeitsmigranten und Flüchtlingen ein besonderer Handlungsdruck bestehe. Sie seien besonders häufig chronisch krank und psychisch belastet, nähmen aber kaum an Vorsorgeangeboten teil und seien auch in der Pflege, Altenhilfe und bei Reha-Kuren benachteiligt.

Anlässlich des Integrationsgipfels rief der Sachverständigenrat deut-scher Stiftungen für Integration und Migration dazu auf, bei den Pflegeangeboten die Bedürfnisse von Muslimen stärker zu berücksichtigen. So wünschen sich einer neuen Studie des Sachverständigenrats zufolge 27 Prozent der Muslime eine Pflegekraft mit gleicher Religion. Bei christlichen Befragten sind es nur neun Prozent. Rund 74 Prozent der muslimischen Frauen wollen im Alter auch von einer Frau gepflegt werden. Bei christlichen Frauen sind dem demgegenüber 51 Prozent und bei denjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, 33 Prozent.

(DStGB Ursula Krickl – 18.11.2015)